

7 Häufige Vorurteile und Irrtümer

In der Berichterstattung über die Forderungen der Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken, über unsere Kundgebungen und Aktionen in öffentlichen Diskussion über Hochwasserschutz stoßen wir immer wieder auf die folgenden Vorurteile und Irrtümer.

Falsch: Donau-Hochwasser ist ein Naturereignis, das der Mensch nicht beeinflussen kann

Wir können zwar nicht beeinflussen, wieviel es regnet aber wir haben massiven Einfluss darauf wo das Wasser danach hinfließt. Die Donau ist mittlerweile eine zusammenhängende Kette von Stauräumen und der Wasserstand in jedem einzelnen davon kann reguliert werden. Das gleiche gilt für alle großen Nebenflüsse. Allein am Inn gibt es 23 Kraftwerke. Darum sind die sogenannten Wehrbetriebsordnungen (WBO) nach denen der Stau geregelt wird für die Menschen am Fluss so wichtig. Fehler in den WBO („Pfusch am Stau“) erhöhen das Risiko, intelligente WBO („Kettenstauregelung mit Vor-Absenkung“) senken das Hochwasser-Risiko.

Neben der Stauregelung beeinflussen die Kraftwerke den Fluss aber in noch einem weiteren wichtigen Punkt: Sie verlangsamen die Fließgeschwindigkeit und verhindern den Weitertransport von Geschiebe. Es kommt zu Ablagerungen (Sedimente), der Fluss wird seichter und das Überflutungs-Risiko steigt.

Natürlich haben Aufforstungen und Gesetze gegen die Boden-Versiegelung auch einen positiven Einfluss.

Falsch: Wegen dem Klimawandel steigt die HW-Gefahr. Daher ist nur Absiedlung eine Lösung.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind regional unterschiedlich. Für den Einzugsbereich der Donau zeigen die Statistiken ganz klar, dass trotz steigender Temperatur die Niederschlagsmengen gleich bleiben. Die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik geht sogar davon aus, dass Extremhochwässer an der Donau seltener vorkommen werden. Es ist einfach ein Fehler, Daten – etwa aus Norddeutschland – ungeprüft auf uns zu übertragen.

Dass die Versicherungsschäden tendenziell steigen stimmt zwar, hat aber vor allem damit zu tun, dass die versicherten Werte höher sind. Heute besitzen die Menschen einfach mehr teurere Dinge (elektronische Geräte, Heizungsanlagen, Fahrzeuge etc.) die kaputt werden können, als etwa vor fünfzig Jahren. Es ist aus diesem Grund auch noch keine Versicherung Pleite gegangen, da mit den Versicherungssummen auch die Prämien-Einnahmen gestiegen sind.

Lokale Unwetter-Ereignisse, die lokal oft zu massiven Schäden führen, haben übrigens keinen Einfluss auf die Donau. Die Donau ist eben ein „ziemlich dicker Schlauch“ durch den auch so Einiges abfließen kann.

Falsch: Das Eferdinger Becken wird sowieso regelmäßig überflutet. Das war immer so,

Der Bau der Donaukraftwerke wurde der Bevölkerung im Eferdinger Becken vor allem mit dem Argument des Hochwasser-Schutzes „verkauft“. Dieser Hochwasserschutz hat tatsächlich bereits mehr als ein Dritteljahrhundert (von 1965 bis 2002) gut funktioniert. Dann haben Entwicklungen eingesetzt, die wieder korrigiert werden müssen. Einerseits wurden WBO zum Nachteil des

Eferdinger Beckens verändert und andererseits haben sich Sedimente in den Stauräumen abgelagert.

Das hat etwa beim Hochwasser 2013 dazu geführt dass etwa 25% mehr Wasser (bis zu 1900 m³ pro Sekunde) ins Eferdinger Becken geflossen sind, als bei gleicher Wasserführung nach der bis 2007 gültigen WBO vorgesehen waren (1530 m³ pro Sekunde).

Falsch: Die Menschen waren selber schuld, sich dort anzusiedeln

Das Eferdinger Becken ist seit über 1000 Jahren Siedlungsgebiet. Nachdem sich der Hochwasserschutz durch die Kraftwerke über Jahrzehnte bewährt hatte, konnte man auch mit Recht davon ausgehen, dass die Gefahr gebannt ist und nichts gegen eine Besiedlung weiterer Gebiete spricht. Zum Beispiel würde halb Amsterdam heute nicht existieren, wenn die Menschen sich nicht auf die Schutzbauten verlassen würden.

Man kann vom Bürger nicht verlangen, gescheiter zu sein als die Experten bei den Behörden. Die Menschen sind auch nicht schuld daran, dass die Behörden den Hochwasserschutz verschlampen haben lassen.

Man muss auch wissen, dass auf jeder Baulandwidmung 7 Unterschriften draufstehen. Nur eine davon ist vom Bürgermeister, die anderen 6 sind von Experten der Landesregierung. Daher ist es unseriös wenn Landespolitiker die Verantwortung auf die Bürgermeister abschieben wollen.

Falsch: Hochwasserschutz kann man nur mit Dämmen herstellen

Auch wo man keine Dämme bauen kann, ist wirksamer Hochwasserschutz möglich. Dazu braucht man Rückhalteräume (Retentionsräume) in denen das Wasser ohne Gefahr für Siedlungen so lange zurückgehalten werden können, bis die Pegel wieder sinken und es keinen zusätzlichen Schaden mehr anrichten kann. Ein Donau-Hochwasser führt zwar gewaltige Wassermengen mit sich, aber beim Hochwasser 2013 hätte es ausgereicht, die letzten 10% des HW-Scheitels zurückzuhalten um das Eferdinger Becken trocken zu halten.

Die wirksamste Form eines Retentionsraums sind sogenannte gesteuerte Flutpolder. Seitens des bayrischen Umweltministeriums wurde im Mai 2015 wieder einmal bestätigt, dass man damit auf gleicher Fläche eine 5x bessere Wirkung erzielen kann, als mit einfachen Überschwemmungsgebieten. Solche Flutpolder sind etwa am Rhein seit vielen Jahren in Betrieb. An der bayrischen Donau werden auch schon mehrere gebaut.

Falsch: Kraftwerke können gegen Hochwasser nichts tun

Seit der Privatisierung behaupten Kraftwerksbetreiber und ihnen nahestehende Personen das immer wieder obwohl sich das Ziel „Hochwasserschutz“ auch in den Umwelterklärungen des Kraftwerksbetreibers an der Donau wiederfindet.

Es gibt aber praktische Erfahrungen von anderen Flüssen (Rhein, Lech, Drau) die beweisen, dass Kraftwerke Hochwasserspritzen dämpfen können. Das funktioniert so, dass man vor Eintreffen der Hochwasserwelle die Stauräume stark absenkt, damit man dann bei Eintreffen des Hochwasserscheitels durch moderaten Anstau einen Teil des Scheitels kappen kann. Auch die jüngste

Studie von Prof. Theobald hat noch einmal bestätigt was man schon seit einer Studie der TU Wien seit 1999(!) weiß: auch an der Donau würde diese Methode funktionieren.

Aber warum behaupten Kraftwerksbetreiber das Gegenteil? Unserer Einschätzung nach, geht es vor allem um Haftungsfragen. Sie haben Angst davor, dass nach einem Hochwasser jemand kommt und behauptet, man hätte verabsäumt die Kraftwerke noch optimaler zu steuern und er wäre aus diesem Grund geschädigt worden. Aus diesem Grund fordern wir in unserem Masterplan auch, dass die rechtliche Seite der Lösung vom Gesetzgeber vernünftig geregelt werden muss.

Mit einem Kraftwerk allein erreicht man lt. Prof. Theobald eine Dämpfung bis zu 3%. Das klingt nicht viel, aber es stehen ja Dutzende Kraftwerke an Salzach, Inn und Donau zur Verfügung. Und wie oben erwähnt, müssen ja nur die letzten 10% zurückgehalten werden.

Durch die Entfernung der Sedimente aus den Stauräumen, wird die Wirkung weiter verbessert. Auch damit können die Kraftwerksbetreiber einen Beitrag leisten. Die Methode der Wahl ist übrigens nicht ausbaggern, mit LKW wegtransportieren und deponieren. Nachhaltige Lösungen sehen so aus, dass man kontinuierlich die Sedimente absaugt und weiterleitet. Das muss natürlich in allen Stauräumen gemacht werden. Technisch ist das Verfahren längst gelöst.

Damit wird die Durchgängigkeit für das Geschiebe wieder hergestellt. Dieses Geschiebe wird übrigens an den freien Fließstrecken unterhalb von Wien dringend gebraucht, weil sich dort die Donau immer mehr eintieft, die Grundwasserspiegel sinken und die Landwirtschaft unter Trockenheit leidet.

Natürlich ist diese Wiederherstellung der Durchgängigkeit teuer, aber in Wahrheit führt kein Weg an dieser Maßnahme vorbei. Man kann ja nicht abwarten bis alle Stauräume voll sind und das Wasser dann ständig überall über die Ufer tritt. Dass diese Gefahr besteht, wurde ebenfalls in der Untersuchung von Prof. Theobald nachgewiesen. Die Behörden haben aufgrund bestehender Auflagen durchaus die Handhabe die Entfernung der Sedimente dem Kraftwerksbetreiber vorzuschreiben.

Falsch: Mit der Absiedlungsförderung sanieren sich die Leute, also sollen sie nicht jammern

Davon kann in keiner Weise die Rede sein. Wir haben es schon vor einem Jahr an einem Musterbeispiel berechnet. Noch niemand hat diese Zahlen widerlegt. Wer absiedelt und an anderer Stelle neu anfangen will und dabei gleichwertig wohnen möchte, hat nachher mindestens 130.000€ mehr Schulden. Wir kennen aber auch Familien, da wächst der Schuldenberg um 200.000€ und mehr.

Die Zinsen mögen derzeit niedrig sein, aber das Kapital muss auf alle Fälle zurückgezahlt werden und dass die Zinsen in den nächsten 30 Jahren wieder einmal steigen ist so sicher wie das Amen im Gebet. Für Jungfamilien, die noch eine hohe Restschuld haben, ist das völlig illusorisch. Ebenso für die Alten, die von ihrer Pension solche Beträge auch nicht finanzieren können. Daher ist Absiedlung nur etwas für Reiche, die sich das auch leisten können.

Der Grund für die Finanzierungslücke. Fürs Haus bekommen Absiedler nur 80% des Verkehrswerts. Der Verkehrswert hat mit den Baukosten für den Neuanfang wenig zu tun. Das alte Haus muss abgerissen, der Schutt muss auf eine Deponie gebracht werden. Von diesen Kosten, bekommt man auch nur 80%. Fürs Grundstück bekommt man nichts. Es kann danach nur als Grünland verkauft werden. Man bekommt dafür nur 10% der Anschaffungskosten.

Falsch: Die die nicht absiedeln wollen sind eh nicht betroffen, also sollen sie nicht jammern

Alle Grundstücke, auch die der Dableiber, wurden mit einem Bauverbot belegt. Außerdem wurde Siedlungsgebiet in der Absiedlungszone auf „Überflutungsgebiet“ umgewidmet. Damit hat jeder, der einmal sein Haus verkaufen will (oder muss) sehr sehr schlechte Karten auf dem Immobilien Markt.

Es ist zu erwarten, dass diese Liegenschaften entweder unverkäuflich sind oder einmal nur mit drastischem Wertverlust verkauft werden können. Das Gleiche gilt natürlich für unbebaute Baugrundstücke, die etwa als Altersversorgung oder für die Kinder angeschafft wurden. Die verlieren sicher 90% ihres Werts.

Wie sich die Menschen in der Absiedlungszone auch entscheiden. Sie verlieren von Staats wegen aufgrund dieser Bestimmungen in jedem Fall 100.000e Euro. Das ist nichts anderes als Enteignung.

Daher fordern wir auch

Hochwasserschutz statt Enteignung!

(Hinweis: Ausnahmslos alle hier angeführten Fakten sind mit externen Quellen belegbar, die wir auf Wunsch gerne zur Verfügung stellen)